

Auszug: I.1.1. Zum Begriff der Ordnungspolitik

Ein zentrales inhaltliches Anliegen der Ordoliberalen war die Beschränkung von Macht. Macht ist sozusagen die „kleine Schwester“ der Gewalt. Obwohl der kulturelle und zivilisatorische Fortschritt dahin geführt hat, Gewalt aus Wirtschaft und Gesellschaft zu verbannen und das Gewaltmonopol an den Staat zu geben, wird Macht von weiten Teilen der Gesellschaft als legitim angesehen. Gerade das macht sie aber gefährlich. Nach *Eucken* sollte einerseits Wirtschaft und Gesellschaft von Macht und andererseits der Staat von privaten Interessen frei gehalten werden. Nur dann ist das Recht in der Lage, eine freiheitliche Ordnung zu garantieren.¹

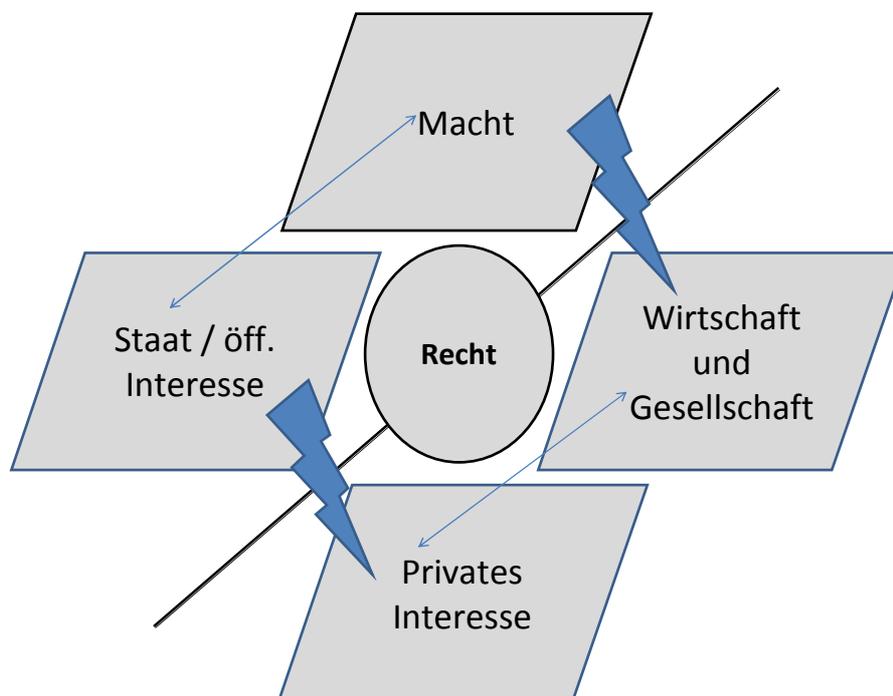


Abb. 1: Voraussetzungen für eine freiheitliche Ordnung

(Quelle: Eigene Darstellung)

Die Gefangennahme des Staates durch private Interessen (z.B. in Gestalt von durch die Industrie bezahlten „Leihbeamten“, die an Gesetzen mitwirken, „weißer Korruption“ oder wenn über bestimmte Formen des „Public Private Partnership“ unvereinbare öffentliche Versorgungs- und private Renditeinteressen unter das Dach gemeinsamer Unternehmen gesteckt werden) trägt jedoch dazu bei, den Staat zu schwächen. Gleiches gilt auch dann, wenn sich Ministerien als verlängerter Arm der Industrielobby begreifen

¹ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 325-337, insb. S. 334.- Ähnliche Gedanken finden sich schon in W. von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, Stuttgart 2006.- Die vorliegenden Gedanken sind breiter ausgeführt in F. Andres, Macht-Recht-Interesse in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft – eine Skizze im Sinne des Ordoliberalismus, in: Fragen der Freiheit H. 277 I/II 2007.

(Bundeswirtschaftsminister *Glos*: „*wir haben eine wirtschaftsfreundliche Lösung durchgesetzt*“ⁱ). Auch kann es nicht darum gehen, private Machtkörper zuerst entstehen zu lassen und dann den Missbrauch zu bekämpfen. Nach *Eucken* muss schon die Entstehung privater Macht verhindert werden.ⁱⁱ

ⁱ O.V., „Scholz und Glos loben Kompromiss“, Focus online, 16.07.08.

ⁱⁱ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 172.